

Neue Perspektiven in einem gewandelten Parteiensystem

Parteiensystem im Wandel

Das Parteiensystem der Bundesrepublik erwies sich in den vergangenen Jahrzehnten als recht stabil. Trotz fortschreitender Modernisierungs- und sozialer Wandlungsprozesse blieben die traditionellen Strukturen des Parteiengefüges, deren Wurzeln ins 19. Jahrhundert reichen, dominant. Christlich-konservative, liberale, sozialdemokratische Parteien konkurrierten um Wähler, Einfluss und politische Macht. Im Unterschied zu den meisten anderen west- bzw. nordeuropäischen Ländern konnte sich auch nie eine einflussreichere und koalitionsfähige Partei links von der SPD etablieren. Alle entsprechenden Versuche scheiterten früher oder später. Die SPD besaß und behielt die Hegemonie über die Linke. Allein den Grünen gelang es, auf dem Hintergrund neuer sozialer Bewegungen und eines sich vollziehenden Wertewandels, sich im bundesdeutschen Parteienwettbewerb zu behaupten. Im bestehenden Vier-Parteiensystem verliefen Koalitionsbildungen alles in allem im gewohnten Muster. Zweier-Koalitionen waren die Regel.

Diese lange Phase der Konzentration und Stabilität des deutschen Parteiensystems scheint nun eher einer Phase des Wandels und der Ausdifferenzierung zu weichen. Seine Zukunft ist heute offener denn je. Wahrscheinlich sind wir gar Zeugen eines Strukturbruchs im deutschen Parteiensystem.

Die beiden großen Volksparteien CDU/CSU und SPD verlieren an Wählerstimmen, an Ausstrahlung und vor allem an Bindekraft und Integrationsfähigkeit. Lag z. B. ihr Anteil bei den Wählerstimmen in den 70er Jahren bei über 90 Prozent, in den 80er Jahren noch bei über 80 Prozent, so schrumpfte er bei der Bundestagswahl 2005 auf unter 70 Prozent. Der Mitgliederrückgang in beiden Parteien beträgt einige Hunderttausend. Die beiden traditionellen politischen Lager sind nicht mehr mehrheitsfähig. Zumindest war dies ein Ergebnis der Bundestagswahl 2005. Die Wahlmuster verändern sich. Der politische Wettbewerb nimmt zu.

Mit der Entstehung einer neuen Partei links von der SPD können sich diese Trends noch verstärken. Das Drei-Parteiensystem im Osten der Republik und das Vier-Parteiensystem des Westens mutieren zu einem bundesweiten Fünf-Parteiensystem – mit weit reichenden Folgen. Es kommt zu strukturellen Links/Rechts-Verschiebungen. Mit dem (wahrscheinlichen) Ende von Zweier-Koalitionen zeichnen sich neue, bislang ungewohnte Koalitionsbildungen ab und sind neue Balancen notwendig.

Die Republik wird auf politisch-parlamentarischem Gebiet „unübersichtlicher“, „ungeordneter“; vielleicht aber auch nur – im europäischen Vergleich – normaler. Denn ein Parlament sollte sich eigentlich auf der Höhe der realen gesellschaftlichen Gegensätze befinden (Niklas Luhmann).

Linkspartei auf Dauer gestellt?

Diese Veränderungen und Ausdifferenzierungen im deutschen Parteiensystem widerspiegeln Erosions-, besonders aber Wandlungsprozesse in der Gesellschaft, namentlich in den sozialen Milieus und den traditionellen Konfliktlinien.

Das gilt offensichtlich auch für die erstmalige Herausbildung einer Partei links von der SPD. Dies scheint nicht allein situativ, sondern auch strukturell begründet. Zunächst wurde das im Osten Deutschlands sichtbar. Die in der deutschen Vereinigungsgesellschaft sich abzeichnende Ost-West-Konfliktstruktur – im bestehenden Parteiensystem unzureichend abgebildet – wurde zur Grundlage für die Herausbildung der PDS als einer „ostdeutschen

Volkspartei“. Ihr Versuch freilich, eine linke gesamtdeutsche Partei zu werden, scheiterte. Ihre Zukunft in der gesamtdeutschen Bundesrepublik war ungewiss.

Doch ein Wandel in den gesellschaftlichen Verhältnissen und Strukturen schuf „gewachsene Resonanzmöglichkeiten einer Partei links von der Sozialdemokratie“ (Franz Walter, in: Die Linkspartei, Wiesbaden 2007, S. 330). Die SPD unter Gerhard Schröder rückte vor allem in die „neue Mitte“ und gab damit traditionelle sozial-strukturelle Räume und Milieus frei. Ihr Markenzeichen in der Sozialpolitik verlor in Teilen ihrer Mitglieder und traditionellen Wählerschaft an Akzeptanz. Eine Folge war die Entstehung der vor allem von Gewerkschaftern und ehemaligen Sozialdemokraten Westdeutschlands getragenen „Wahlalternative Soziale Gerechtigkeit“ (WASG). Der politische Raum öffnete sich. Die vorgezogene Bundestagswahl 2005 zwang PDS und WASG ihre bislang nur losen Kontakte zu intensivieren. Die offene Liste der zur Linkspartei.PDS umbenannten Partei, auf der sich zahlreiche WASG-Kandidaten platzierten, erhielt mit über vier Millionen Stimmen ein überraschend gutes Ergebnis. Mehr als eine Million (25 Prozent) ihrer Wähler hatten drei Jahre zuvor noch der Sozialdemokratie ihre Stimme gegeben. Inzwischen hat die Fusion von Linkspartei.PDS und WASG reale Gestalt angenommen.

Wird also „Die Linke.“, wie sich die Partei nun nennt, den frei gewordenen und frei geräumten Platz links von der SPD einnehmen? Ob und vor allem ob auf Dauer die neue Partei diesen Platz wirklich einzunehmen und vor allem real auszufüllen vermag, ist heute m. E. noch offen. Auf das Scheitern des Projekts und den Zerfall der neuen Linkspartei zu hoffen oder allein auf ihre Domestizierung zu setzen, scheint kurzsichtig und wiederholte nur vergangene Fehler. Denn trotz aller Unwägbarkeiten dieses Parteienprojekts spricht heute mehr dafür, dass sich die Linkspartei im bundesdeutschen Parteienwettbewerb erst einmal etabliert. Der Resonanzboden dafür ist offensichtlich vorhanden. Von der absoluten Zahl ihrer Wähler her ist die Linkspartei keine ostdeutsche Regionalpartei mehr, sondern eine gesamtdeutsche Partei. Auch die sozial-strukturelle Zusammensetzung ihrer Wählerschaft hat sich im Vergleich zur früheren PDS-Wählerschaft gewandelt. Neben dem traditionellen Wählerstamm aus der früheren DDR-Dienstklasse ist es ihr gelungen, sowohl im Osten, vor allem aber im Westen der Republik sozial Schwache und Modernisierungsverlierer als Wähler zu rekrutieren. Wie eine Studie der Friedrich-Ebert-Stiftung feststellt, kann sich die Linkspartei auf zwei Schlüsselmilieus, aus denen 46 Prozent ihrer Anhänger stammen, stützen: die „Bedrohte Arbeitnehmermitte“ und das „Abgehängte Prekariat“. Doch auch bei den „Kritischen Bildungseliten“ kommt sie immerhin auf 20 Prozent (SPD 23). (Vgl. Gero Neugebauer, Politische Milieus in Deutschland, Die Studie der Friedrich-Ebert-Stiftung, Bonn 2007, S. 102/103)

Und folgt man dem Modell, das den Parteienwettbewerb nicht nach sozialstrukturellen Merkmalen, sondern entlang der zwei maßgeblichen Wertekonflikte abbildet; d. h. zum einen der sozio-ökonomischen Konfliktdimension in Gestalt des Sozialstaatskonflikts und zum anderen der politisch-kulturellen Konfliktdimension zwischen libertären und autoritären Wertesystemen, dann zeigt sich grob verallgemeinert folgendes: Die Wähler und Anhänger der Linkspartei setzen verstärkt auf Sozialstaatlichkeit und Staatsinterventionismus versus Marktliberalismus und sind mehrheitlich auf der libertären Seite der politisch-kulturellen Konfliktlinie zu finden. Auch in ihrer Selbsteinschätzung bezeichnen sie sich vorwiegend als „links“ (Oskar Niedermayer, Die Wählerschaft der Linkspartei.PDS 2005, in: Zeitschrift für Parlamentsfragen, H. 3/2006, S. 533/534). In dieser Hinsicht zumindest braucht die Linkspartei bei ihrem Versuch der Wählerrekrutierung keinen größeren Spagat zu vollziehen. Sie wird sich offensichtlich als Repräsentanz spezifischer sozialer Milieus und von Sozialstaatlichkeit sowie sozialer Gerechtigkeit zu profilieren versuchen. Mit den veränderten Grundstimmungen in Deutschland, d. h. einer stärkeren Präferenz von sozialer Sicherheit und Gerechtigkeit, stehen ihre Chancen deshalb nicht so schlecht.

Dennoch: Resonanzboden ist das eine, Personal, Kompetenz, Politikfähigkeit das andere. Hier sind die Konflikte in der Linkspartei evident und nicht wirklich ausgetragen. Die beiden zentralen Fragen, was ist das Grundanliegen, die spezifische Funktion und was ist die zukunftsfähige Idee, das zukunftsfähige Projekt einer neuen Linkspartei, sind noch nicht geklärt. Kontroverse Vorstellungen prallen aufeinander. Der Ausgang der Debatte ist offen. So gibt es selbst bei der Funktionsbestimmung und der Selbstverortung der Partei im politisch-parlamentarischen Raum noch keine klare Antwort. Deutlich wird das an der Auseinandersetzung um die Frage: pragmatisch-realistische Politik oder Fundamentalopposition? Die mühsam gewonnenen Erfahrungen des Mainstream in der PDS – Gesellschaftskritik mit real-politischen Gestaltungsoptionen zu verknüpfen – werden im Vereinigungsprozess mit der WASG wieder stärker in Frage gestellt. Die Regierungsbeteiligung gar, besonders in Berlin, wird heftig kritisiert. Und die Frage nach dem künftigen Profil, dem zukunftsfähigen Projekt einer neuen Linken harret ebenso der Klärung. Die Vorstellungen reichen von „Traditioneller Sozialstaatspartei“ über „Neue Soziale Demokratie“, „Plurale Sozialistische Sammlungsbewegung“ bis hin zu „Antikapitalistische Linke“. Eine wirklich moderne Linke, wenngleich in Deutschland als kleine Partei fungierend, könnte eine Lücke im deutschen Parteiensystem füllen und zu einer Bereicherung im Parteienwettbewerb beitragen. Nur ist ein solch neuer politischer und geistig-kultureller Aufbruch von Links noch nicht wirklich erkennbar. Natürlich wird die Zukunft einer Linkspartei auch vom weiteren Agieren der parteipolitischen Mitbewerber, namentlich der SPD, mitbestimmt. Ein klares Profil ist da noch kaum wahrnehmbar.

Perspektiven linker Reformkoalitionen

Bleibt abschließend die Frage, welche Perspektiven haben „Links-Koalitionen“ oder „Mitte-Links-Koalitionen“ in Deutschland?

Zunächst ist festzuhalten: Während in der alten Bundesrepublik das „bürgerliche Lager“ aus CDU/CSU und FDP immer eine strukturelle Mehrheit hatte, verfügt das „linke Lager“ aus SPD, Linkspartei und Grünen seit den Wahlen 1998 nun fortdauernd über eine solche strukturelle Mehrheit der Stimmen. Und in Ostdeutschland rekrutieren SPD und Linkspartei seit langem die absolute Mehrheit der Wählerstimmen. Unter diesem Aspekt gibt es im deutschen Parteiensystem eine Linksverschiebung, die jedoch bislang keine reale politische Gestalt annimmt. SPD und Linkspartei gefallen sich derzeit auf Bundesebene in gegenseitiger Ablehnung. Die Gegensätze, noch dazu ideologisch gewendet, sind dominant. Die SPD schließt zurzeit eine Koalition mit der Linkspartei definitiv aus. Für die Bundestagswahl 2009 ist eine solche Koalition tatsächlich unwahrscheinlich; nicht nur aus situativen, aus personellen Gründen. Es fehlen dafür heute die konzeptionellen und politischen Voraussetzungen.

Mit der Entstehung einer Partei links von der Sozialdemokratie scheint die SPD im Parteienwettbewerb geschwächt. Sie versucht das Blatt offensichtlich dadurch zu wenden, dass sie zurzeit Rot-Gelbe Koalitionsmöglichkeiten präferiert. Natürlich wäre das eine Alternative zur Großen Koalition oder zu Schwarz-Gelb. Nur ob das den gesellschaftlichen Megatrends und den neuen Herausforderungen des 21. Jahrhunderts – Stichwort globale Marktliberalisierung, Umweltkrise und zunehmende soziale Exklusion – entspricht, ist eine andere Frage. Und die Gefahr, dass damit die SPD weiter an Profil verliert, zumal wenn sie auch ihre Programmatik daraufhin stärker ausrichtet, ist real. Verlorenes Terrain im linken Spektrum kann so auch nicht zurück gewonnen werden.

Das Problem einer wählbaren linken Reformalternative ist damit nicht erledigt. Was heute noch unmöglich erscheint, muss künftig nicht so bleiben. Die Beispiele aus anderen Ländern (z. B. skandinavische Länder) belegen die Möglichkeit und Sinnhaftigkeit linksdemokratischer Koalitionen unter Einschluss linkssozialistischer Parteien. Die

Sozialdemokratie gewinnt hierbei erweiterte Optionen, was ihre Position gegenüber dem bürgerlich-konservativen Lager stärkt. So könnte auch die SPD hierzulande aus der neuen Situation letztlich politischen Nutzen ziehen. Selbst als 30-Prozent-Partei ergäben sich dann für sie als Alternative nicht nur Große Koalitionen oder Ampelkoalitionen. Eine wählbare linke Reformkoalition im Bund setzte jedoch zum einen voraus, dass die Linkspartei auch auf Bundesebene regierungs- und koalitionsfähig wird und zum anderen, dass die SPD sich auf die veränderte Situation einstellt und zugleich ihre Markenzeichen als Partei sozialer Gerechtigkeit und aktiver Friedensgestaltung neu justiert. Rot-Rote bzw. Rot-Rot-Grüne Koalitionen werden auch nur dann einmal reale Gestalt annehmen, wenn sie entsprechende gesellschaftliche Akzeptanz finden. Das dies selbst in Deutschland nicht auf Dauer unmöglich bleiben muss, verdeutlicht das Beispiel rot-roter Koalitionen in Ostdeutschland und insbesondere in der jahrzehntelang tief gespaltenen Ost-West-Stadt Berlin. Eine linke Reformalternative im 21. Jahrhundert verlangt deshalb nicht einfach eine Neuauflage eines „linken Blocks“, sondern eine Neuformierung und eine Erneuerung der Linken auf der Grundlage der neuen gesellschaftlichen Spannungslinien und Herausforderungen. Für den politischen Wettbewerb und für die demokratische Zukunftsgestaltung des Landes könnte das nur von Vorteil sein.

Rolf Reißig, Prof. Dr., Sozial- und Politikwissenschaftler, Brandenburg-Berliner Institut für Sozialwissenschaftliche Studien (BISS e. V.)